Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen,

wir haben heute über den dritten von der Bürgermeisterin vorgelegten Haushalt zu beraten und abzustimmen.

Ihr Wunsch ist es, dass wir einen Haushalt genehmigen, der

- Einnahmesteigerungen von 8,7 %, vorsieht, davon 2,3 % aus Steuererhöhungen durch Anhebung der Grundsteuer B um 100 Punkte.
- Ausgabensteigerungen von 3,3% vorsieht
- und am Ende mit einem Defizit von 2,591 Mio. € abschließt,

Dazu bereiten sie, Frau Offergeld, die Wachtberger Bevölkerung auf weitere Steuererhöhung vor. In der Mittelfristplanung soll die Grundsteuer B um 3 mal 70 Punkte bis einschließlich 2020 erhöht werden, insgesamt also um 310 Punkte.

Sie planen nicht mehr und nicht weniger als die Grundsteuer B vom niedrigsten Satz auf den zweithöchsten Satz aller Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis herauf zu katapultieren.

Die CDU-Fraktion wird dem von Ihnen, Frau Offergeld, vorgelegten Haushalt und der Mittelfristplanung nicht zustimmen. Was ich schon zur Verabschiedung der Haushalte 2015 und 2016 gesagt habe gilt auch heute wieder:

Zum dritten Mal bestätigt sich mit dem von Ihnen eingebrachten Haushalt die Erkenntnis, dass sie nicht wirklich in der Lage sind, aus eigener Kompetenz heraus, die Haushaltskonsolidierung strukturell anzugehen. Statt mit Phantasie und Mut ein strukturell wirksames Maßnahmenpaket zu entwickeln, greifen sie zu angeblich alternativlosen Steuererhöhungen von in der Summe 310 Punkten bei der Grundsteuer B.

Ganz nach dem Motto, wir befinden uns ja in guter Gesellschaft und quasi als Rechtfertigung, weisen sie dann im Vorbericht zum Haushalt 2017 noch darauf hin, dass dies in NRW 64% aller Kommunen bereits getan haben und NRW den höchsten durchschnittlichen Grundsteuer-B-Satz aller Bundesländer aufweist.

Nein, das ist keine gute Gesellschaft zu der Wachtberg dazu gehören müsste und nein, wir möchten nicht dazu beitragen, den durchschnittlichen Steuersatz weiter nach oben zu treiben.

Schon der Haushaltsplan 2015, der ein Defizit weit jenseits der Grenzen zur Haushaltssicherung vorsah, wurde nur unter tatkräftiger Mithilfe fast aller Fraktionen im Rat insoweit korrigiert, dass die Haushaltssicherungsgrenze eingehalten werden konnte. Am Ende, oder Wunder, schließt der Haushalt 2015 sogar mit einem um knapp 1 Mio. € niedrigeren Defizit ab, als geplant.

Und es war gut so, dass die Fraktionen auf einem Haushalt unterhalb der HSK-Grenze bestanden haben. Denn der 2016er Haushalt wird diese Grenze, zugegebenermaßen, zu großen Teilen unverschuldet u. a. durch die Flüchtlingskostenbelastung, reißen.

Ohne das beherzte Eingreifen des Rates, würden wir also hier und heute schon über ein Haushaltssicherungskonzept beraten müssen. Im Übrigen sei daran erinnert, dass wir den 2016er Haushalt mit großer Mehrheit hier verabschiedet haben, weil er zwei Kriterien erfüllt hat:

- Kein Reißen der HSK Grenze
- Und keine Steuererhöhungen

Aber auch seinerzeit habe ich schon kritisiert, dass keinerlei Anstrengungen erkennbar sind, den Haushalt strukturell anzugehen und nach Entlastungspotenzialen zu durchforsten.

Aber zurück zum Haushalt 2017

Wir könnte es uns jetzt sehr einfach machen, alle Schuld für die kommunale Haushaltsmisere auf die rotgrüne Landesregierung abwälzen und den vorgelegten Haushalt mit den geplanten Steuererhöhungen passieren lassen.

Denn es ist nach wie vor richtig, dass wir nicht nur in Wachtberg unter einer chronischen Unterfinanzierung durch eine völlig verfehlte Gemeindefinanzierungspolitik der rotgrünen Landesregierung leiden müssen. Der völlig absurde Kommunalsoli sei an dieser Stelle noch einmal hervorgehoben. Über die Laufzeit summieren sich die Kosten auf rund 350.000 € das sind rund 40 Punkte bei der Grundsteuer B.

Um es noch einmal ganz deutlich zu machen: wir nehmen Kassenkredite auf, um klamme Kommunen im Stärkungspakt zu unterstützen. Die daraus bei uns entstehenden Finanzierungslücken sollen wir dann mit Steuererhöhungen schließen. Das kann nicht der richtige Weg sein.

Wir sind nach wie vor weit davon entfernt, dass derjenige, der die Musik bestellt, diese auch bezahlt. Das Konnexitätsprinzip wird durch die Landesregierung sträflich vernachlässigt. Die Flüchtlingskosten, auf denen wir als Gemeinde sitzen bleiben, sind ein Paradebeispiel dafür.

Aber so einfach, Steuererhöhungen einfach durchwinken, wollen wir es uns eben nicht machen.

Nach unserer Auffassung sind längst noch nicht alle Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung aus eigener Kraft ausgeschöpft.

Ich will einige Beispiele nennen:

- Im Eckwertebeschluss haben wir beispielweise festgehalten:

Die Verwaltung wird insbesondere mit Blick auf die Mehrjahresplanung für den Bauhof ein Konzept erstellen, aus dem sich die Wirtschaftlichkeit der dort erbrachten Leistungen ergibt.

Bisher haben wir dazu nichts gehört.

- Zurzeit läuft die Prüfung, welche Auswirkungen die Umsetzung des §2 a UStG. auf den Gemeindehaushalt hat.

Das Ergebnis ist offen.

In diesem Zusammenhang diskutieren wir seit langem die Möglichkeiten wirtschaftliche Aktivitäten in bgAs zu bündeln.

- Gerne würden wir auch der Frage auf den Grund gehen, warum in strukturgleichen Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises Sachkostenetats oder Personalkostenetats zum Teil erheblich unter denen in Wachtberg liegen. Stichwort Benchmarking.
- Der Personalkostenetat hat sich in Wachtberg in den letzten 10 Jahren nahezu verdoppelt. Eine Entwicklung, die so nicht weitergehen kann. Stichwort Organisationsentwicklung.
- Ab 2020 greift der neue Bund-Länder-Finanzausgleich. Wir sehen nicht, dass die Folgen in der mittelfristigen Finanzplanung bereits abgebildet sind.
- Nicht zuletzt haben sich in ihrer Amtszeit und damit ihrer Verantwortung, Rahmenbedingungen für strukturelle Gestaltungsmöglichkeiten im Gemeindehaushalt verändert. Ich nenne die Stichworte Limbachstiftung und Kindergärten.

Nicht zuletzt hoffen wir natürlich auf einen Regierungswechsel in Düsseldorf und erwarten dann einen Paradigmenwechsel in der Gemeindefinanzierung.

Vorbeugend will ich gleich auf eine Vorhaltung eingehen, die vermutlich auch heute wieder hören werden.

Warum kommt ihr erst jetzt mit Euren Bedenken und Vorschlägen

Ganz einfach:

Frau Offergeld ist 2014 mit großer Mehrheit und Vorschusslorbeeren ins Amt gewählt worden, mit dem Versprechen, alles anders und vor allem besser machen zu wollen als ihr Vorgänger.

Die CDU-Fraktion stand seither nicht verantwortlich in der ersten Reihe. Trotzdem haben wir 2015 und 2016 Verantwortung für die Haushaltsgestaltung übernommen. Hätten wir das nicht getan, säßen wir schon heute in der Haushaltssicherung.

Wir sehen uns auch beim Haushalt 2017 und in der mittelfristigen Finanzplanung in der Pflicht, gestaltend einzugreifen, weil wiederum alle Hoffnungen auf eine Richtungsänderung enttäuscht wurden.

Hinzu kommen ganz aktuell massive Zweifel, ob Sie Frau Offergeld, die Finanzwirtschaft der Gemeinde überhaupt noch im Griff haben:

- Seit August vergangenen Jahres, ich wiederhole: seit August vergangenen Jahres liegt ihnen unser Antrag zu Quantifizierung der Flüchtlingskosten vor. Wir schreiben März 2017 und nichts ist passiert.

Auch für 2017 haben sie hier ein Defizit von 170.000 € im Haushalt vorgesehen. Dabei gingen wir alle von einer 100prozentigen Kostendeckung aus.

- Es müssen Sondersitzungen von Ausschüssen einberufen werden, weil Ausschreibungen fehlerhaft waren.
- Gebührensatzungen und Verträge mit nicht unerheblichen finanziellen Langzeitwirkungen werden schon fast regelmäßig von Ausschüssen und Rat mit dem Vermerk „zurück an den Absender“ versehen.

Wie stellt sich also die CDU-Fraktion den Haushalt 2017 und das weitere Vorgehen vor, um zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt zu kommen?

Unser Ansatz und Vorgehen unterscheidet sich grundsätzlich von ihrem Ansatz Frau Bürgermeisterin.

Sie stellen an den Anfang ihrer Planungen eine scheinbar alternativlose Erhöhung der Grundsteuer B um 310 Punkte, um den Haushalt strukturell auszugleichen. Dies impliziert ein Weiter so wie bisher, ohne erkennbaren Willen auch nur ansatzweise über Kostensenkungspotentiale nachzudenken.

Wir stellen an den Anfang unserer Überlegungen die Prüfung aller möglichen Kostensenkungspotentiale. Einige hatte ich schon genannt.

Und ich füge mit aller Deutlichkeit und für alle unüberhörbar und unmissverständlich hinzu:

Erst wenn wir guten Gewissens sagen können: wir haben alles auf den Prüfstand gestellt, sind mit unserem Latein am Ende und bekommen das Defizit nicht aus eigener Kraft geschlossen, werden auch wir über Steuererhöhungen nachdenken müssen. Dies steht aber am Ende und nicht am Anfang der Debatte.

Insofern schlagen wir für den Haushalt 2017 vor:

1. Auf der Ertragsseite wird die Steuererhöhung zurückgenommen und die Gewerbesteuer an realistische Zahlen angepasst.
2. Auf der Aufwandseite werden in unterschiedlichen Positionen Kürzungen vorgenommen, vornehmlich in den Produktbereichen 1.12 und 1.13. Unsere Vorschläge liegen der Verwaltung und allen Fraktionen vor.
3. Im Ergebnis ergibt sich ein Haushalt, der ein Defizit unterhalb der HSK-Grenze aufweist.
4. Es wird eine interfraktionelle Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich intensiv mit der Konsolidierung des Wachtberger Gemeindehaushalts beschäftigt. Und ich füge hinzu: die Arbeit der AG hätten wir eigentlich von der Verwaltung erwartet.

Einen Haushalt mit diesen Rahmenbedingungen würden wir heute verabschieden, damit der Zeitraum mit einer vorläufigen Haushaltsführung möglichst kurz gehalten werden kann.

Wir gehen mit einem Eigenkapital von rund 63 Mio € in das Haushaltsjahr 2017. Darum dürften uns viele Kommunen beneiden. Es ist also nicht so, dass wir unser Vermögen gleich morgen aufgebraucht haben, wenn wir in 2017 erneut mit einem Defizit unterhalb der bilanziellen Abschreibungen planen.

Letzteres betone ich deshalb, weil damit deutlich wird, dass für die Finanzierung des laufenden Verwaltungsbetriebes keine Erhöhung der Kassenkredite notwendig, sondern eine Verringerung möglich ist. Dies gilt auch für das Haushaltsjahr 2015.

Die Infrastruktur unserer Gemeinde ist Gott sei Dank in einem so guten Zustand, dass sich die eine oder andere Maßnahme nicht noch verschieben ließe. Der Unterhaltungsaufwand bei Gebäuden, Wegen, Straßen, Plätzen, Fuhrpark usw. ist konstant hoch bei rund 1,6 Mio. €. Das ist angemessen.

Wenn ich sehe, dass wir den Haushalt 2015 im Ergebnis um fast 1 Mio. € besser als geplant abschließen, kann ich mir nur schwer vorstellen, dass 2017 keine Luft mehr ist, denn Planungen beruhen ja auch auf einer Fortschreibung der Planungen 2015.

Wir setzten mit unserem Vorschlag auch den Eckwertebeschluss nicht außer Kraft, denn der bezieht sich auf die mittelfristige Finanzplanung bis 2020. An diesem Ziel wollen wir uneingeschränkt festhalten.

Ende 2017 und bis zur Verabschiedung des Haushalts 2018 muss Klarheit darüber bestehen, wie der Haushaltsausgleich steuerzahlerfreundlich und zum Wohle des Standortes Wachtberg gestaltet werden kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.